



**Antrag auf Förderung einer Kolleg-Forscherinnengruppe der DFG
zum Thema
Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung.
(De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften**

Gliederung:

- 1 Allgemeine Angaben
 - 1.1 Thema
 - 1.2 Antragsteller
 - 2 Kurzfassung
 - 3 Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung – Stabilisierungsmodi in der Krise
 - 3.1 Problemkontext und Grundidee
 - 3.2 Theoretische Grundlagen
 - 4 Forschungsfragen, Themenfelder, theoretische Innovationen
 - 4.1 Was ist und wozu dient Wachstum?
 - 4.2 Forschungsfragen
 - 4.3 Modus operandi, Forschungsthemen, theoretische Innovationen
 - 4.4 Metathemen
 - 5 Ort, Kollegsstruktur, Arbeitsweise, Fellows
 - 5.1 Ort und personelle Infrastruktur
 - 5.2 Arbeitsweise und Kollegsstruktur
 - 5.3 Fellows und Gremien
 - 6 Beantragte Mittel
- Anhang (Zeitplan, Literatur, Zusagen, Interessensbekundungen etc.)

1 Allgemeine Angaben

1.1 Thema

Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften

1.2 Antragsteller

Klaus Dörre, Prof. für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der FSU Jena
(Ansprechpartner), E-Mail: Klaus.Doerre@uni-jena.de

Stephan Lessenich, Prof. für Vergleichende Gesellschafts- und Kulturanalyse an der FSU Jena,
E-Mail: Stephan.Lessenich@uni-jena.de

Hartmut Rosa, Prof. für Allgemeine und Theoretische Soziologie an der FSU Jena,
E-Mail: Hartmut.Rosa@uni-jena.de

2 Kurzfassung

Moderne Gesellschaften sind dynamische Wachstumsgesellschaften. Gleich ob in ihrer formativen Prägung kapitalistisch oder sozialistisch, beruhte und beruht ihre relative Stabilität über zahlreiche Krisenperioden hinweg auf steigender ökonomisch-technischer Effizienz und wachsendem materiellen Wohlstand. Spätestens in der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise der Gegenwart deutet sich jedoch ein Kontinuitätsbruch an. Wachstums- und Wohlfahrtssteigerung fallen auseinander, technisch-ökonomisches Wachstum ist selbst zum Krisentreiber geworden. Damit stellt sich auch für die Soziologie die Frage nach den Wechselbeziehungen zwischen dynamischer Selbststabilisierung und den Legitimationsprinzipien moderner Gesellschaften neu. Möglicherweise hat, so die These der Antragsteller, die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen einen kritischen Schwellenwert überschritten, an dem die Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne selbst zur Disposition stehen. Dadurch ausgelöste Krisen- und Veränderungsprozesse scheinen gegenwärtig in einer Infragestellung konventioneller Wachstumsregimes zusammenzulaufen. Aus diesem Grund soll die Wachstumsproblematik im Zentrum des beantragten Kollegs stehen. Einen Gegenstand in Veränderung vor Augen, schlagen die Antragsteller eine dialogische Arbeitsweise vor, die am Grundprinzip konstruktiver Kontroverse ausgerichtet ist. Diese Arbeitsweise ermöglicht es, un abgeschlossene, offene Prozesse sozialen Wandels über systematische Denkexperimente und diskursive Annäherungen zu bearbeiten. Das Format der Kolleg-Forscherguppe bietet ideale Voraussetzungen für ein solches gesellschaftswissenschaftliches Experimentierfeld. Die Antragsteller wollen das Kolleg als Laboratorium nutzen, um die Transformation kapitalistischer Wachstumsregimes analytisch zu erfassen und kritisch zu begleiten. Dabei werden drei Zielstellungen verfolgt: Im Dialog mit international anerkannten Vertreterinnen des Fachs, herausragenden Nachwuchswissenschaftlern sowie ausgewählten Expertinnen aus der Praxis soll (1) die Wachstumsproblematik moderner Gesellschaften mittels der Konzepte Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung analysiert werden. Dabei gilt es (2) das theoretische Innovationspotential dieser Dynamisierungskonzepte zu entfalten. Als ein international sichtbares Forum wird das Kolleg (3) Raum für Debatten über die Möglichkeiten und Grenzen einer Transformation hin zu Nicht-Wachstumsgesellschaften bieten. Im Anschluss an die Forschungen im SFB 580 sowie an diverse Vorarbeiten der Antragsteller zielt das Kolleg darauf, soziologische Expertise in eine gesellschaftliche Großkontroverse einzubringen, welche die Öffentlichkeiten nicht nur europäischer Gesellschaften auf Jahre hinaus bewegen wird.

3 Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung – Stabilisierungsmodi in der Krise

Zur Begründung des Vorhabens sollen zunächst Problemkontext und Grundidee der Kolleg-Forscherinnengruppe dargestellt (3.1) sowie die theoretischen Grundlagen der geplanten Forschungen expliziert werden (3.2).

3.1 Problemkontext und Grundidee

Dem Vorhaben liegt die Idee zugrunde, dass sich hinter der wieder verstärkt geführten Kontroverse um konventionelles Wirtschaftswachstum eine tiefer liegende Problematik verbirgt. Diese wurzelt in dem Faktum, dass moderne Gesellschaften sich nur dynamisch zu stabilisieren und zu reproduzieren

vermögen. Nach unserer Auffassung steht das Prinzip dynamischer Gesellschaftsstabilisierung inzwischen jedoch selbst zur Disposition. Bislang galt, dass moderne – d. h. für die Gegenwart: kapitalistische – Gesellschaften zu ihrer Reproduktion und Stabilisierung unterschiedlichste Wachstumsgeneratoren benötigten. Spätestens in der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise der Gegenwart (Altvater 2010, Dörre 2010a) werden indessen Grenzen der konventionellen Wachstumsorientierung sichtbar, weil die unabschließbare Steigerungsdynamik strukturelle Knappheitsprobleme und Krisenphänomene nicht dauerhaft zu überwinden vermag (Rosa 2005). Im Unterschied zu ihren Vorläufern hat die ökonomische Krise seit 2008/09 auch die westlichen Zentren nicht mehr unberührt gelassen (Sorkin 2009, Galbraith 2009). Stattdessen erzeugt jede politische Krisenintervention tendenziell neue Verwerfungen. Die krisenbedingten weltweiten Wohlstandsverluste lagen nach niedrigen Schätzungen schon 2009 bei 15 Billionen US-Dollar, der finanzielle Aufwand von Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor wurde allein in den zehn wichtigsten Industriestaaten mit ca. fünf Billionen Euro taxiert (Steinbrück 2010: 187). Um diese immensen Summen aufzubringen, müssen Staaten das Risiko der Überschuldung eingehen. Auf die globale Wirtschaftskrise folgen daher die Krise der Staatsfinanzen (Streckeck 2010), des Weltwährungssystems und des überkommenen Hegemonialregimes in den internationalen Beziehungen (Boris/Schmalz 2011). Auch die sozialen Folgen dieser Krisenkonstellation sind offensichtlich: Vor allem in den anglophonen und südeuropäischen Kapitalismen sowie in einem Teil der sich entwickelnden Staaten haben Arbeitslosigkeit, Armut und prekäre Arbeit spürbar zugenommen (ILO 2008). Selbst dort, wo – wie in Deutschland – der ökonomische Wachstumsmotor wieder angesprungen ist und die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit abnimmt, expandiert niedrig entlohnte, unsichere Beschäftigung. Zudem gehen ökonomische Belebung und erweiterte Integration in das Erwerbssystem mit ausgeprägten und wachsenden, vertikalen wie horizontalen Ungleichheiten einher (Statistisches Bundesamt 2009, Vogel 2009, Grabka u.a. 2010, Weinkopf 2010). Eine naheliegende Folge sind intensivere Verteilungskämpfe. In den skandinavischen Ländern und in Deutschland verlaufen diese Konflikte überwiegend in regulierten Bahnen. In Staaten wie Frankreich, Spanien, China sowie jüngst im Maghreb und in Ägypten haben sie hingegen punktuell die Grenze zu gewalttätigen Revolten überschritten (Wacquant 2008, Waddington u.a. 2009, Roth 2010, Hardt/Negri 2010).

Deutlicher spürbar ist jedoch vor allem die Tatsache, dass ausgerechnet jene Strategien, die zur Überwindung der *ökonomischen* Krise führen sollen, tendenziell zur Verschärfung der *ökologischen* Krise beitragen. Mit einer bloßen Wiederbelebung konventionellen Wirtschaftswachstums oder der stürmischen Expansion der BRIC-Staaten dürfte jedenfalls noch nicht viel gewonnen sein, denn Ressourcenvernutzung, Schadstoffemissionen und die negativen Folgen des Klimawandels (Stern 2007, 2009) werden durch solche Strategien zusätzlich forciert (Welzer 2008, Müller 2009, Grober 2010). Die schon lange bekannte Irreversibilität ökologischer Gefahrenproduktion (Beck 1986, 1988) zwingt vor allem die westlichen Zentrumsstaaten zu Veränderungen innerhalb eines schmalen Zeitkorridors. Um auch nur die wichtigsten Klimaziele zu erreichen, müsste z. B. allein in den Industrieländern bis 2020 eine CO₂-Minderung um 30 % erfolgen; seit Beginn der 1990er Jahre hat die EU eine Reduktion um 1,5 % erreicht. Um auch nur in die Nähe des anvisierten Klimaziels zu gelangen, wäre „der größte, tiefgreifendste Strukturwandel“ nötig, „den eine Ökonomie je bewältigen musste“, argumentieren Sozialwissenschaftlerinnen ebenso wie problembewusste Praktiker (Machnig 2007: 14f., Leggewie/Welzer 2009). Soll den Ländern des globalen Südens überhaupt eine Wachstumschance erhalten werden, müsste in den entwickelten Staaten eine rasche Abkehr zumindest vom konventionellen Wachstumspfad erfolgen (Jackson 2009, Galbraith 2009).

Diese Problematik vor Augen, gehen die Antragsteller von der Überlegung aus, dass jede Antwort auf die drängende Frage nach den Möglichkeiten, Kosten und Grenzen fortgesetzter Wachstumsorientierung ein Verständnis des prinzipiell dynamischen Charakters moderner kapitalistischer Gesellschaften voraussetzt. Unabhängig voneinander haben sie drei Vorschläge zur Analyse basaler Dynamisierungsprinzipien unterbreitet. Danach gründen kapitalistische Gesellschaftsformationen ihre relative Stabilität über alle Unterschiede hinweg auf fortwährende (sozioökonomische) Landnahmen, (kulturelle) Beschleunigungs- und (politisch gesteuerte) Aktivierungsprozesse. Die Komplementarität dieser Dynamisierungslogiken wurde in einer ersten gemeinsamen Studie (Dörre/Lessenich/Rosa 2009) skizziert und diskutiert. Elementare Fragen wie die nach der funktionalen Wechselbeziehung dieser Prinzipien oder nach den Grenzen sozialer Dynamisierung sind indessen weitgehend ungeklärt. Vor allem jedoch steht ein systematischer Rückbezug der Dynamisierungskonzepte auf die gesellschaftliche Wachstumsproblematik und die angelagerten gesellschaftlichen Strukturprobleme aus. Eben diese Lücken systematisch zu schließen und neu gewonnene Erkenntnisse im Dialog mit international ausgewiesenen Expertinnen zu analytischen, diagnostischen und gesellschaftspolitischen Innovationen zu verdichten, soll die Aufgabe des beantragten Forschungskollegs sein.

Gegen dieses Vorhaben ließe sich einwenden, dass die Problematisierung ökonomisch-materiellen Wachstums – zumal für die deutsche Soziologie – kein Novum darstellt. Schon während der 1980er Jahre konnte hierzulande geradezu von einer antiproduktivistischen Wende soziologischer Reflexion gesprochen werden. Die diagnostizierte „Krise der Arbeitsgesellschaft“ (Offe 1984: 7, kritisch: Lutz 1984) stand ebenso programmatisch für diese Wende wie die These einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas 1987: 489-547). Ulrich Becks Theorie einer reflexiven Modernisierung (Beck 1986, Beck u.a. 1996, Beck/Bonß/Lau 2002) stellte gar den großangelegten Versuch dar, globale ökologische Gefahren zum analytischen Ausgangspunkt von Strukturbildungen einer „anderen Moderne“ zu machen. Bis in die Gegenwart zeichnet sich die Kontroverse zwischen „produktivistischen“ und „antiproduktivistischen“ Ansätzen in der Soziologie indessen durch eine eigentümliche Unbestimmtheit aus. So verabschiedet sich die Theorie reflexiver Modernisierung von soziologischen Großbegriffen wie Kapitalismus und Arbeitsgesellschaft – das aber nur, um diese Kategorien als „eine neue Art von Kapitalismus, eine neue Art von Arbeit“ (Beck/Bonß/Lau 2002: 13) in modifizierter Gestalt doch wieder einzuführen. Andere Interpretinnen bezeichnen plakative Formeln wie die eines „Kapitalismus ohne Arbeit“ zwar als provinziell und eurozentristisch (Castells 2001: 282-212, Silver 2005, Harvey 2010), doch das bloße Festhalten an etablierten Konzepten kann zu einem theoretischen Konservatismus verleiten, der schon deshalb in Verunsicherung münden muss, weil er die Spezifik der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise nicht adäquat zu analysieren vermag. Ist es ein Problem der Theorie reflexiver Modernisierung, dass sie die „Logik der Risikoverteilung“ letztendlich als Überlagerung und Verdrängung einer klassen- und schichtgebundenen „Logik der Reichtumsverteilung“ konstruiert, laufen konkurrierende kapitalismustheoretische Deutungen immer wieder Gefahr, die formationsübergreifende Wachstumsproblematik entweder analytisch auszublenden (Crouch/Streeck 1997, Hall/Soskice 2001, Windolf 2005, Streeck 2009), sie stark zu relativieren (Bachinger/Matis 2009, Reich 2010) oder sie letztendlich doch auf eine Akkumulations- und Profitproblematik zu reduzieren (Brenner 2003, Roth 2010, kritisch: Altvater 2010).

Im Unterschied zu „produktivistischen“ wie „antiproduktivistischen“ Positionierungen während einer *ersten Phase* gesellschaftstheoretischer Diskussion gehen die Antragsteller davon aus, dass die Wechselbeziehungen von Wachstum und kapitalistischer Entwicklungsdynamik bislang keineswegs

hinreichend geklärt sind. In der nun beginnenden *zweiten Phase* soziologischer Reflexion wird ein solcher Klärungsprozess möglich, weil inzwischen bereits manifeste ökonomische und politische Weichenstellungen erfolgen, in denen die Beziehung zwischen kapitalistischen Marktwirtschaften und materiellem Wachstum höchst praktisch auf den Prüfstand gestellt wird. Neu ist nicht so sehr die wissenschaftlich untermauerte Wachstumskritik, sondern die Tatsache, dass nunmehr im Ringen um Wege aus dem Dilemma Handlungskorridore für Übergänge zu alternativen gesellschaftlichen Ordnungen – oder aber deren Blockierung – sichtbar werden. Anders als im Falle der Systemtransformation staatssozialistischer Gesellschaften existiert gegenwärtig allerdings kein gesellschaftliches Leitbild, an dem sich die potentiellen Träger neuer gesellschaftlicher Ordnungen orientieren könnten. Im Gegenteil, mit der Problematisierung materiellen Wachstums droht eine zentrale Legitimationsressource jener wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismen zu erodieren, die für eine kurze historische Periode zum Fluchtpunkt der Transformation ehemals staatssozialistischer Gesellschaften geworden waren.

Mit Meinhard Miegel (2010) hat ein wichtiger Vordenker des deutschen Konservatismus die Legitimationsprobleme eines kapitalistischen Systems, das zur Begrenzung materiellen Wachstums gezwungen ist, schonungslos thematisiert. Die von ihm geforderte Abkehr von der „Wachstumsideologie“ berührt die Legitimationen auch und gerade des „sozialen Kapitalismus“ (Sennett 2007: 27) Kontinentaleuropas. Der Westen, so Miegel, dürfe sich keine Illusionen machen: „Obsiegt hat nicht sein Wertesystem, sondern seine materielle Überlegenheit... Wären vor zwanzig Jahren die Menschen im Westen frei, aber arm, im Osten hingegen gegängelt, aber wohlhabend gewesen – dann hätte vermutlich der Sozialismus gesiegt. Dass er nicht gesiegt hat, lag weniger an seiner Unfreiheit als vielmehr an seiner wirtschaftlichen Ineffizienz. Oder genauer: Wäre er wirtschaftlich effizienter gewesen, hätte er auch freier sein können...“ (Miegel 2010: 59 f.). Das provokant formulierte Argument verweist auf die enge Koppelung von Wachstum und institutioneller Stabilität. Gelingt es nicht, Legitimation jenseits materiellen Wachstums herzustellen, berührt das unweigerlich die Integrationskraft der gesellschaftlichen Basisinstitutionen Erwerbsarbeit, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und parlamentarische Demokratie. Angesichts massiver Verteilungskonflikte um Selbsterhaltung bemüht, könnten real existierende kapitalistische Gesellschaften durchaus zu gravierenden Einschränkungen von Freiheitsrechten tendieren (Wallerstein 2008, Crouch 2008).

Gleich ob man solchen Dramatisierungen etwas abzugewinnen vermag oder nicht, sie deuten jedenfalls die gesellschaftliche Sprengkraft an, die der Wachstumsproblematik innewohnt. Dafür spricht auch, dass sich Wachstumskritik inzwischen quer zu sonstigen politischen Lagerzuschreibungen zu etablieren beginnt. Es sind nicht mehr nur Vordenker der grünen Bewegung (Fücks/Steenbock 2007), die zumindest konventionelles Wirtschaftswachstum problematisieren. In unterschiedlichen und teilweise durchaus radikaleren Varianten – etwa in der von Frankreich ausgehenden und dort hohe Aufmerksamkeit findenden *Décroissance*-Bewegung – findet sich Wachstumskritik im konservativen Spektrum (Miegel 2010) ebenso wie bei sozialdemokratischen (Müller/Niebert 2009, Steinbrück 2010, Scheer 2010), sozialistischen (Kipping 2009, Sarkar 2010) oder globalisierungskritischen Autorinnen (Paech 2005, Mahnkopf 2010).

In der Praxis von Unternehmen und Regierungen wird die Wachstumsorientierung jedoch bislang kaum ernsthaft in Frage gestellt. Zudem gibt es sowohl in Wirtschaft und Politik (Paqué 2010) als auch in den Sozialwissenschaften (Hinterberger u. a. 2009) engagierte Plädoyers zugunsten einer – modifizierten und z. B. technologisch orientierten (Münch 2009 a, b) – Wachstumsorientierung. Nicht zuletzt das Wiederaufleben von Fortschrittskonflikten, vor allem jedoch die breite soziale Akzeptanz,

die solche Proteste z. B. bei den Auseinandersetzungen um das Großprojekt „Stuttgart 21“ erreichen (Rucht 2010), stützen jedoch unsere Vermutung, wonach die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens einen kritischen Umschlagpunkt erreicht haben. Anscheinend genügt die bloße Fortsetzung der Dynamisierungsspirale nicht mehr, um die entstandenen gesellschaftlichen Verwerfungen einzuhegen. Stattdessen wird sichtbar, dass die basalen Dynamisierungsprinzipien im Hinblick auf die sozioökonomische, politische und kulturelle Reproduktion des Kapitalismus selbst dysfunktional wirken. Eben dies zwingt auch die soziologische Forschung, sich den Dynamisierungsimperativen moderner kapitalistischer Gesellschaften theoretisch und empirisch in modifizierter Weise zu nähern. Nur so lässt sich auf einer elaborierten Grundlage ein Instrumentarium entwickeln, das zur Analyse laufender wie bevorstehender gesellschaftlicher Transformationen geeignet ist.

3.2 Theoretische Grundlagen

Es mag ihrer lange Zeit nahezu fraglosen Akzeptanz geschuldet sein, dass die basalen Dynamisierungsprinzipien der Moderne bislang vergleichsweise selten zum Gegenstand soziologischer Forschung geworden sind. Hier setzt unser Vorhaben an. Während der zurückliegenden Jahre haben die Antragsteller – zunächst individuell, dann gemeinsam – ein Forschungsprogramm entwickelt, das die systemischen Dynamisierungsimperative selbst zum Untersuchungsgegenstand erhebt. Im Mittelpunkt dieses – durch Forschungen des SFB 580 inspirierten – Programms stehen aktuelle Entwicklungsprozesse der nunmehr ausschließlich kapitalistisch organisierten Moderne. *Landnahme*, *Beschleunigung* und *Aktivierung* sind Bezeichnungen für analytische Schlüsselkonzepte, mittels derer auch formationsübergreifende Dynamiken des Kapitalismus erfasst werden sollen. Alle bislang bekannten Kapitalismen konnten sich nur deshalb als relativ stabile Formationen herausbilden, weil sie die systemischen Dynamisierungsimperative in ihre jeweilige „social order“ (Streeck 2009) zu integrieren vermochten. Kapitalismus ist demnach nicht einfach eine Gesellschaftsform, die auf dem Markt als Koordinationsmechanismus, der Selbstverwertung von Wert oder auf bürokratischer Rationalisierung beruht. Die diversen Kapitalismen reproduzieren und stabilisieren sich vielmehr nur, sofern sie zu immer neuen Landnahmen (Dörre 2009a, 2010a), zu sich stetig steigender technischer, sozialer und kultureller Beschleunigung (Rosa 2005, 2010) sowie zu einer die Reproduktionsmodi kapitalistischer Vergesellschaftung beständig erneuernden politischen Aktivierung von Individuen und Kollektiven (Lessenich 2008, 2011) in der Lage sind. Da sie den theoretischen Ausgangspunkt für den Forschungs- und Diskussionsprozess des Kollegs bilden sollen, seien die drei analytischen Schlüsselkonzepte nachfolgend noch einmal in gebotener knapper Form dargestellt.

(1) Als ursprünglich sozioökonomisches Konzept bezeichnet *Landnahme* zunächst die raum-zeitliche und sektorale Expansion des Kapitalismus in nichtkapitalistischen Milieus. Diesem Theorem zufolge bleibt die Kapitalverwertung beständig auf die Okkupation und ggf. auch auf die „aktive Herstellung“ (Harvey 2005: 139) eines nichtkapitalistischen „Anderen“ angewiesen. Landnahme impliziert stets „Landpreisgabe“ und lässt sich daher niemals als linearer, rein ökonomischer Prozess oder eindimensionale „reelle Subsumtion“ unter das Kapitalverhältnis deuten (Lutz 1984). Das hier verwendete, reformulierte und von zusammenbruchstheoretischen Deutungen abgekoppelte Landnahmekonzept (Dörre 2009a, b, c, 2011a) bezeichnet für die nachfordistische Ära eine marktgetriebene Dynamik, die sich – durch Institutionensysteme gefiltert und über soziale Konflikte vermittelt – auch *innerhalb* der

entwickelten Kapitalismen durchsetzt (Streeck 2005). Vormalig marktbegrenzende Institutionen und Organisationsformen werden ausgehöhlt und umgeformt, raum-zeitliche Fixierungen von Kapital aufgebrochen, um im Zuge schöpferischer Zerstörung eine Revitalisierung kapitalistischer Akkumulation zu bewirken. Anders als in klassischen Standorttheorien unterstellt, wird dabei jedoch kein harmonischer Gleichgewichtszustand erreicht; vielmehr stoßen Landnahmen an neue Grenzen. Ursprünglich zielte das reformulierte Landnahmekonzept auf die *sozialen* Grenzen finanzkapitalistischer Expansion (Windolf 2005, Deutschmann 2006), auf die Erklärung historisch neuer Formen von Prekarität (Castel/Dörre 2009), veränderte Regulationen des Klassenkonflikts (Dörre 2010d) sowie auf eine neue Synthese von Soziologie und Sozialkritik. Das vornehmlich „feminine“ Gesicht der Prekarisierung machte jedoch rasch deutlich, dass die Analyse von Landnahmen in umfassenderer Weise auf die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften bezogen werden muss (Jürgens 2010). Für geschlechtersensible Analysen gesellschaftlicher Transformationen offen (Dölling 2010: 42), bietet das Landnahmetheorem zugleich die Chance, die soziale und die ökologische Frage systematisch aufeinander zu beziehen. Gegenwärtig spricht einiges dafür, dass die ökonomisch-ökologische Doppelkrise einen historischen Umschlagpunkt markiert, an dem ein Landnahmezyklus an sein Ende gelangt ist. Folglich muss sich der „Sündenfall“ (Arendt 2006: 335) einer Sprengung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten durch politisches Handeln wiederholen. Möglicherweise lässt sich das „perpetuum mobile“ (Luxemburg 1975: 16) erweiterter Kapitalreproduktion mit Projekten wie dem eines nunmehr staatsgetriebenen (Schimank 2009) Green New Deal zeitweilig wieder in Bewegung setzen. Der strukturelle Wachstumszwang, den kapitalistische Landnahmen realisieren, wird jedoch selbst in einem solchen Fall wahrscheinlich soziale Verteilungs- und ökologische Fortschrittskonflikte provozieren (Welzer 2008, Lipietz 2009), die dann wiederum als immanente Grenzen eines solchen Projekts wirksam werden.

(2) *Beschleunigung* ist ein kultursoziologisch inspiriertes Konzept, das auf die temporale Struktur und die Zeitregimes moderner und gegenwärtig kapitalistischer Gesellschaften zielt. In seiner Grundbedeutung besagt es, dass sich kapitalistische Formationen (und moderne Gesellschaften überhaupt) durch das simultane Auftreten dreier (logisch voneinander unabhängiger) Beschleunigungsprozesse auszeichnen, die sich in einem selbstverstärkenden Beschleunigungszirkel wechselseitig vorantreiben: durch die intentionale Beschleunigung zielgerichteter Prozesse (technische Beschleunigung), durch die Steigerung soziokultureller Veränderungsrate (Beschleunigung des sozialen Wandels) und schließlich durch die Erhöhung der Zahl an Handlungs- und/oder Erlebnisepisoden pro Zeiteinheit (Beschleunigung des Lebenstempos). Das Prinzip der Beschleunigung wird hier als gemeinsame Essenz aller Kapitalismen postuliert, wobei inner-kapitalistische Formationswechsel (etwa zum Fordismus und später zum Post-Fordismus) aus der Logik der Geschwindigkeitssteigerung rekonstruiert werden (Harvey 2010). Für die hier beantragte Kolleg-Forscherinnengruppe von entscheidender Bedeutung ist die inhärente Verknüpfung von Wachstums- und Beschleunigungsprozessen, die sich sowohl ökonomisch, insbesondere auf der Ebene von Produktion und Distribution, als auch kulturell, etwa in den Konsumtionsmustern, als zwingend nachweisen lässt (Rosa 2005: Kapitel VII). Eine nachhaltige Entschleunigung gesellschaftlicher Funktionsbereiche, wie sie inzwischen von vielen gesellschaftlichen Akteuren gefordert wird, ist daher nur unter den Bedingungen von Nicht-Wachstum überhaupt denkbar. An den Übergangspunkten von einem inter-generationalen zum generationalen und von dort schließlich zu einem intra-generationalen Tempo des sozialen Wandels werden nach dem Beschleunigungstheorem fundamentale kulturelle Verwerfungen in der Subjektformation und politischen Steue-

rung ausgemacht. Für deren Bestimmung ist die Dialektik von Dynamisierung und Verfestigung entscheidend, die ihren zeitgenössischen Niederschlag in der verbreiteten kulturellen und politischen Wahrnehmung eines „rasenden Stillstandes“ (Virilio 1998) findet, der darin besteht, dass sich hinter den hohen materiellen und substanziellen Veränderungs- und Wachstumsraten die Sozial- und Prozessstrukturen tendenziell verhärten und solidifizieren.

(3) *Aktivierung* im hier verwandten Sinne ist ein analytisches Konzept, das Claus Offes Spätkapitalismus-Theorie (Offe 2006) aktualisiert, wissenssoziologisch erweitert und mit den Erkenntnisinteressen der im Anschluss an Foucault entwickelten „Gouvernementalitätsstudien“ (Burchell u. a. 1991, Krasmann/Volkmer 2007, Bröckling u. a. 2000, 2011) verkoppelt. Im Zentrum dieser analytischen Perspektive stehen die Formen, Mechanismen und Effekte der permanenten politisch-sozialen Intervention wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Der moderne Kapitalismus ist in seiner Konstitutions- und Reproduktionslogik nur als eine „politisierte“ Prozessstruktur zu verstehen, deren prinzipielle Krisenhaftigkeit den modernen Steuerungsstaat zu immer neuen Adaptationen und Innovationen seines regulativen Instrumentariums herausfordert. „Aktivierung“ stellt aus dieser Perspektive nicht nur den jüngsten Akt der historischen Metamorphosen wohlfahrtsstaatlicher Regulierung des Kapitalismus dar, sondern ein gleichsam überhistorisches Strukturprinzip seiner Dynamisierung. Im Zuge des jüngsten Formationswandels hin zum „flexiblen Kapitalismus“ (Sennett 1998) stellt wohlfahrtsstaatliche Politik ihre Interventionsmuster zunehmend auf die Förderung, Forderung und Formierung mobiler und aktiver Subjekte um. Dabei kommt es zu einer folgenreichen Umdeutung der gesellschaftlichen Verantwortung für die Herstellung und Sicherung des „Sozialen“ im (und am) Kapitalismus: Nicht mehr der Staat als institutionalisierte Allgemeinheit, aber offenkundig auch nicht der Markt mit seinen Mechanismen spontaner Koordination, spinnen das die flexibel-kapitalistische Gesellschaft integrierende „soziale Band“, sondern diese Aufgabe wird politisch den als ökonomische (interessengeleitete) und moralische (gemeinwohlorientierte) Akteure zugleich angerufenen Bürgerinnen der „Aktivgesellschaft“ (Dean 1995, Walters 1997, Lessenich 2009a, 2011a) auferlegt. Der Mensch wird damit – wie die kapitalistische Gesellschaftsformation selbst – zu einem „perpetuum mobile“: zu einem nicht nur für sich selbst sorgenden, sondern auch um die ökonomische und soziale Systemreproduktion besorgten Akteur, der letztlich nie aktiv, initiativ und mobil genug sein kann. Funktional auf die Wachstums- und Steigerungsimperative der „spätkapitalistischen“ Moderne bezogen, werden diese in der Sozialfigur des „Aktivbürgers“ gleichsam privatisiert: Was in der Blütephase des „keynesianischen Wohlfahrtsstaats“ Aufgabe direkter politischer Intervention war, wird vom „aktivierenden Sozialstaat“ den Subjekten selbst überantwortet. Kann dies als Akt der „Depolitisierung“ von Staatlichkeit gedeutet werden, so geht eine solche Strategie der Staatsentlastung zugleich mit neuen Formen der „Politisierung“ von Subjektivität einher, die im Zeichen der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise wiederum zur Quelle historisch neuartiger Legitimationsprobleme staatlichen Handelns geraten dürften.

Die von uns analysierten Dynamisierungsprinzipien kapitalistischer Gesellschaftsformationen beinhalten somit eine Vielzahl sozialer Mechanismen, welche die Wachstumsimperative in der kapitalistischen Gesellschaft strukturell verankern und so zu deren krisenhafter Reproduktion beitragen. Dazu gehören der in Landnahmen angelegte systemische Zwang zu erweiterter Kapitalreproduktion, die Verallgemeinerung des Wettbewerbsprinzips und die im Finanzsektor besonders weit getriebene Absorption von Gebrauchswerten ebenso wie die sogenannten „vier Tretmühlen“ (Statuskämpfe, An-

spruchsdynamik, Multioptionsstreben, Zeitersparnis; (Binswanger 2006)) und die aus ihnen resultierenden negativen „Reboundeffekte“ (Hinterberger 2009: 49 f.) für die Lebensqualität, die in unterschiedlicher Weise im Beschleunigungs- wie im Aktivierungstheorem angesprochen werden.

4 Forschungsfragen, Themenfelder, theoretische Innovationen

Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung wirken weder gleichgerichtet noch linear; sie münden periodisch in kleinere oder größere gesellschaftliche Krisen. Über lange historische Zeiträume galten materielles Wachstum und die damit verbundene Aussicht auf Wohlfahrtssteigerung jedoch als geeignete Mittel erfolgreicher Krisenbearbeitung. Das beginnt sich zu ändern, weil die Überwindung ökonomischer Verwerfungen mittels konventioneller Wachstumssteigerung unweigerlich die ökologische Krise verschärft, während Wachstumsstockungen unter den gegebenen Bedingungen in Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarität münden. Aus der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise gibt es daher im Grunde nur zwei Auswege: „One is to make growth sustainable; the other is to make de-growth stable.“ (Jackson 2009: 128) Die praktizierten und in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen relevanten Transformationen werden sich indessen mit großer Wahrscheinlichkeit *zwischen* diesen Polen bewegen. Wie schwierig ein Umsteuern ist, sei an einem Sachverhalt illustriert: In China, gegenwärtig Lokomotive der Weltwirtschaft, rechnet die Regierung mit einem BIP-Wachstum von ca. 8 %, um die ländlichen Migranten in den städtischen Arbeitsmarkt integrieren zu können; schon für 2005 konstatierte die chinesische Akademie der Wissenschaften indessen ein Negativwachstum, weil die aus Umweltzerstörung resultierenden Verluste die Wertsteigerung des Sozialprodukts übertrafen“ (Trattning 2009: 15, Schmalz 2010). Für einen erheblichen Teil der Bevölkerungen des globalen Südens wäre Nichtwachstum mit einem Verharren in Pauperismus identisch. Gegenwärtig leben allein 700 Mio. informell Beschäftigte, die sich ohne Arbeitsvertrag verdingen müssen, von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag und damit in absoluter Armut (ILO 2009). Solche Daten illustrieren die enormen Schwierigkeiten, vor denen alle Versuche stehen, divergierende Interessenlagen im globalen Maßstab auf das Ziel ökologischer *und* sozialer Nachhaltigkeit hin auszurichten. Auch aus diesem Grund sind moderne Nicht-Wachstumsgesellschaften gegenwärtig genauso wenig real wie ökologisch angepasste und sozial nachhaltige Wachstumsgesellschaften. Im Sinne einer experimentellen Anordnung von Ideen lassen sich jedoch beide Aggregatzustände als ein fiktives soziologisches „Anderes“ konstruieren, das nicht nur eine kritische Analyse realer gesellschaftlicher Dynamiken erlaubt, sondern auch den Blick für „Strategic Choice“ maßgeblicher gesellschaftlicher Akteure öffnet.

Auf ein solches wissenschaftlich durchaus riskantes Projekt zielt unsere Kollegsiedee. Mit Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung verfügen wir über drei Analyse-Konzepte, die hinreichend kompatibel und anschlussfähig sind, um die krisenhafte Dynamik zeitgenössischer Kapitalismen in einer soziologischen Debatte zu reflektieren. Mit dieser Debatte zielen wir *erstens* auf eine theoretisch und empirisch kohärente Identifikation der je konkreten Wachstumszwänge, *zweitens* auf die Analyse der politischen, ökonomischen und kulturellen Mechanismen ihrer Einlösung, *drittens* auf die Bestimmung der jeweiligen Risiken, Grenzen und Krisentendenzen, die mit diesen Mechanismen verbunden sind, sowie zum *Vierten* auf Möglichkeiten der Stillstellung und/oder Überwindung jener Zwänge. Für eine so konzipierte kritische Soziologie der Transformation dynamischer kapitalistischer Wachstumsgesellschaften ist es u. E. unabdingbar, eine „komplexe Außenposition“ (Boltanski 2010: 25) einzunehmen, von der aus sich das zu problematisierende Phänomen überhaupt erst systematisch

in den Blick nehmen lässt. Erst eine solche Außenperspektive erlaubt es, Analysen realer Entwicklungsprozesse mit einer Hermeneutik der alltäglichen Gesellschaftskritik von Individuen und sozialen Gruppen zu verknüpfen. Das beantragte Kolleg soll den organisatorischen Rahmen bieten, um uns den Blickwinkel einer – zunächst einmal metatheoretischen – „komplexen Außenposition“ zu ermöglichen. Das wird nachfolgend anhand des Wachstumsfokus (4.1), einer Darlegung der zentralen Forschungsfragen (4.2), Forschungsthemen und angestrebten theoretischen Innovationen (4.3) sowie relevanter Metathemen (4.4) verdeutlicht.

4.1 Was ist und wozu dient Wachstum?

Wachstum ist (nicht nur) in den entwickelten Kapitalismen und ihrem staatssozialistischen Pendant lange Zeit wie selbstverständlich mit materiellem Wirtschaftswachstum gleichgesetzt worden. Zudem galt als ausgemacht, dass dieses materielle Wachstum letztendlich auch in sozialen Fortschritt und Wohlfahrtssteigerung einmünden werde. Unter dem Eindruck der Zukunftsprognosen des Club of Rome, des „Global 2000“-Szenarios, der Aktivitäten von ökologischen und grünen Bewegungen sowie einer wahren Flut an wachstumskritischer Literatur hat seit den 1970er Jahren ein allmähliches Umdenken eingesetzt. Gleichwohl werden Wachstum und implizit Wohlfahrt in den nationalen Ökonomien noch immer anhand der Indikatoren Bruttoinlandsprodukt (BIP) und/oder Bruttonettoprodukt (BSP) gemessen. Seitens transnationaler Akteure wie der Beyond-GDP-Initiative oder der Stiglitz-Kommission und kritischer Öffentlichkeiten (u. a. Décroissance-Bewegung, De-Growth-Konferenzen) immer wieder thematisiert, wird die enge Verknüpfung von ökonomischem Wachstum und sozialer Wohlfahrt jedoch auch innerhalb der ökonomischen und politischen Eliten zunehmend kritisch reflektiert. Offenkundig handelt es sich beim BIP um einen höchst unzuverlässigen Wachstumsindikator. So bleiben Leistungen, die nicht am Markt erbracht werden, in dieser Messgröße unberücksichtigt. Zudem wird bei der bloßen Addition des Werts von Gütern und Dienstleistungen deren ungleiche Verteilung ausgeblendet, weshalb über soziale Wohlfahrt anhand des BIP im Grunde keine Aussagen getroffen werden können. Die defizitären Indikatoren offenbaren jedoch weit mehr als eine bloße Messproblematik. Als zentrale Indikatoren einer wachstumsorientierten gesellschaftlichen Regulationsweise (Aglietta 1979, Boyer/Durand 1997) haben diese Bemessungsgrößen die Kosten der extensiven Verwertung von natürlichen Ressourcen und fossilen Energieträgern sowie die damit verbundenen Belastungen der Biosphäre intransparent gemacht und so zur Verdeckung destruktiven Wachstums (Grün/Wiener 1984, Busch/Land 2009) beigetragen.

Ungeachtet der Stichhaltigkeit solcher Deutungen ist neu, dass inzwischen auch auf der Ebene von Regierungen, Wirtschaftseliten und transnationalen Institutionen nach besseren Indikatoren für Wohlfahrt und Wachstum gesucht wird (Hinterberger u. a. 2009). So plädiert die vom französischen Staatspräsidenten einberufene Stiglitz-Kommission für eine „Entmischung“ von Wohlfahrts- und Wachstumsindikatoren. Bei der Wohlfahrt sollen Einkommen und Konsum stärker in den Fokus gerückt und die ungleichen Verteilungen der Einkommen sowie nicht-marktförmige Leistungen in die Messung von Wachstum einbezogen werden (Stiglitz u. a. 2009). Andere, alternativ entwickelte Indikatoren zur Messung eines „grünen BIP“, der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) oder der Genuine Progress Indicator (GPI), berücksichtigen neben der Verteilung der Einkommen auch die Erschöpfung von „Naturkapital“. Mit der Kontroverse um Wachstum und Wohlfahrt wird sich neben vielen anderen Akteuren künftig auch eine Enquête-Kommission des Bundestages befassen.

Soziologisch interessant daran ist, dass sich hinter der Debatte um alternative Wachstumsindikatoren sehr viel mehr verbirgt als eine lediglich „technische“ Veränderung von Messgrößen. Gleich, wie man diese Indikatoren im Einzelnen beurteilen mag, ihre Implementation in Regulationsweisen und Steuerungssysteme würde auf tiefgreifende Veränderungen hinauslaufen, die in der einen oder anderen Weise Basisinstitutionen kapitalistischer Gesellschaften berühren. Eben das wird in den Kontroversen zwischen reflektierten Wachstumsbefürwortern und – nicht minder reflektierten – Wachstumskritikerinnen bislang nur teilweise deutlich. Wachstumsskeptiker argumentieren, die „Wachstumsideologie“ müsse zumindest in den entwickelten Ländern gebrochen werden. Im Zentrum entsprechender Argumentationen steht die These, die Menschheit lebe – gemessen an Konstrukten wie dem ökologischen Fußabdruck (Wuppertaler Institut 2005, Meadows/Randers 2006) – beim Ressourcen- und Energieverbrauch über ihre Verhältnisse. Mit Verweis auf die Glücksforschung (Stevenson/Wolfers 2008) und Untersuchungen zur Lebensqualität wird darüber hinaus ausgeschlossen, dass die permanente Steigerung materiellen Wachstums jenseits einer bestimmten Grenze per se zu steigender Wohlfahrt und Lebenszufriedenheit führt. Die anvisierten Konsequenzen für die kapitalistischen Zentren reichen je nach Entwurf von einem allmählichen Übergang zum Null-Wachstum (Binswanger 2009: 224-228, Miegel 2010, Mahnkopf 2010), über Anhänger eines qualitativen Wachstums (Aichberger/Zednicek 2009: 134-141) bis hin zur Vision einer radikalen Schrumpfung kapitalistischer Ökonomien (Paech 2005, 2009: 215-223). Befürworter (Paqué 2010) halten dagegen, es müsse auch in Zukunft ökonomisches Wachstum geben, weil ohne Wachstum keine wirksame Bekämpfung der Ungleichheit möglich sei. Werde soziale Ungleichheit aber nicht bekämpft, sei ein Wandel hin zu Nachhaltigkeit ausgeschlossen (Jackson 2009). In der Konsequenz gelangen (auch keynesianisch inspirierte) Wachstumsbefürworter zu einem fast schon fatalistischen Schluss: „Die große Ungleichheit zwingt zu mehr Wachstum und behindert es zugleich. Erst durch mehr Wachstum wird eine effektive Stärkung der unteren Einkommensgruppen möglich, und weniger Ungleichheit reduziert schließlich die Notwendigkeit von Wachstum. Unklar ist freilich, ob die Umwelt so lange warten kann.“ (Sturm/van Treek 2010: 20)

4.2 Forschungsfragen

Die Kontroversen zwischen Wachstumskritikerinnen und -befürworterinnen sind für unser Forschungsvorhaben bedeutsam, weil in ihnen eine grundsätzliche Problematisierung der Dynamisierungsprinzipien kapitalistischer Gesellschaften anklingt. In welche Richtung sich diese Gesellschaften auch entwickeln mögen – der in allen Szenarien thematisierte Wandel berührt unweigerlich gesellschaftliche Basisinstitutionen. Sowohl das „Weiter-so“ einer wachstumsorientierten Steigerungslogik als auch der Bruch mit dieser Dynamik würden den Vergesellschaftungskern der kapitalistischen Moderne, das gesellschaftliche Potential zu inklusiven Kompromissbildungen und zur Herstellung von sozialem Zusammenhalt, berühren. Betroffen sind die – vormals zentralen – Integrationsmedien entwickelter Kapitalismen: ökonomische Prosperität, sozial geschützte Erwerbsarbeit, wohlfahrtsstaatliche Regulation sowie nicht zuletzt das Konflikte entschärfende Potential demokratischer Verfahren und Institutionen. Aus diesem Grund wollen die Antragsteller dem Spannungsverhältnis von systemischen Dynamisierungszwängen und normativ begründeter Wachstumskritik anhand von vier Basisinstitutionen kapitalistischer Gesellschaften nachgehen. Im Zentrum unseres Forschungsinteresses stehen: (1) das Vergesellschaftungspotential von (Erwerbs-)Arbeit und sozialen Verteilungs-Konflikten,

(2) das Verhältnis von ökonomischem Wachstum, Prosperität und „gelingendem Leben“, (3) die Beziehung zwischen sozialstrukturellem Wandel und wohlfahrtsstaatlicher Regulation sowie (4) die Fähigkeit von Gesellschaften, soziale Konflikte innerhalb demokratischer Institutionen, Verfahren und Öffentlichkeiten auszutragen. Mit Blick auf diese Basisinstitutionen interessieren im Kontext des Kollegs vier Fragestellungen, die hier zunächst von der „Außenposition“ einer Nicht-Wachstumsgesellschaft aus formuliert werden:

- (1) Was bedeutet der potentielle Übergang zu Nicht-Wachstum für die Organisation gesellschaftlicher Arbeit und die Funktion sozialer (Klassen-)Konflikte?
- (2) Lassen sich systemische Wachstumsimperative und soziales Wohlergehen voneinander entkoppeln? Kann Nicht-Wachstum mit einem Zugewinn an Lebensqualität für gesellschaftliche Mehrheiten einhergehen?
- (3) Was impliziert der Übergang zu Nicht-Wachstum für die Struktur sozialer Ungleichheit, für sozialpolitische Interessenlagen und die Regulationsfähigkeit entwickelter Wohlfahrtsstaaten?
- (4) Kann der Übergang zu Nicht-Wachstumsgesellschaften demokratisch eingeeht und bewältigt werden?

Jede dieser Fragestellungen lässt sich auch von der „Außenposition“ einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstumsgesellschaft aus formulieren. Beide Perspektiven erlauben einen kritischen Blick auf empirisch erfassbare Entwicklungen und sollen deshalb im Kolleg repräsentiert sein.

4.3 Modus Operandi, Forschungsthemen, theoretische Innovationen

Anhand dieser Forschungsfragen können wir die vier Themenfelder identifizieren, mit denen sich das Kolleg befassen soll. Faktisch würde ein Übergang zu Nicht-Wachstumsgesellschaften zumindest für die entwickelten Kapitalismen des globalen Nordens darauf hinauslaufen, die Steigerungslogik fortgesetzter Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung zu überwinden. Diese gemeinsam geteilte Annahme ermöglicht es uns, eine „komplexe Außenposition“ (Boltanski 2010) einzunehmen, deren normative Fundierung zwischen den Antragstellern allerdings kontrovers diskutiert wird. Zwar sind Kapitalakkumulation und Nicht-Wachstum aus der Perspektive des Landnahmetheorems letztendlich unvereinbar, die Wahrscheinlichkeit einer zeitweiligen Revitalisierung des Kapitalismus und daraus resultierender Spielräume für nachhaltiges, qualitatives Wachstum wird jedoch deutlich optimistischer beurteilt als aus der Perspektive des Beschleunigungsparadigmas. Das Aktivierungstheorem bezieht in diesem Spannungsfeld insofern eine dritte Position, als es die politischen Kosten und sozialen Zwänge einer möglichen Fortführung der wachstumsgesteuerten Entwicklungsdynamik kapitalistischer Gesellschaften thematisiert.

Modus operandi des Kollegs, Aufgaben der Fellows

Die hierin angelegte Kontroverse liefert gewissermaßen das Leitmotiv und begründet die dialogische Methode und damit den Modus operandi der geplanten Forschungsarbeiten des Kollegs. Grundlegend ist das Anliegen, empirisch identifizierbare Entwicklungen im Untersuchungsfeld mit einer kritischen Analyse zu konfrontieren, die von der kontrafaktischen Vorstellung einer Nichtwachstumsgesellschaft (oder einer nachhaltigen Wachstumsgesellschaft) aus vorgenommen wird. Der kooperative For-

schungsprozess soll nach dem Prinzip von These und Antithese operieren: Die These wird jeweils aus der Perspektive des thematisch am stärksten berührten Dynamisierungstheorems formuliert. Die Antithese soll mit jenem Theorem begründet werden, das den deutlichsten Kontrast zur zentralen Arbeits- these generiert. These wie Antithese können jeweils zweifach, d. h. sowohl für den dominanten Ent- wicklungstrend als auch mit Blick auf mögliche alternative Optionen, formuliert werden. Nach diesem dialogischen Prinzip werden im Kolleg die ersten drei Themenfelder bearbeitet. Die Auseinanderset- zung mit der demokratischen Frage soll den Antragstellern dann Raum für eine synthetisierende Be- trachtung bieten, weil sich am demokratischen Prinzip letztendlich die Qualität des antizipierten ge- sellschaftlichen Wandels bemisst.

In diesem kooperativen Forschungsprozess haben die – zusätzlich zu den Antragstellern einbezo- genen – *Fellows* eine zentrale Rolle inne. Ihre Aufgabe ist die von *Impulsgebern* und *Innovatoren*. Sie sorgen dafür, dass die Kolleg-Diskussionen nicht in einer Drei-Personen-Kontroverse erstarren. Mit eigenständigen Beiträgen und Veröffentlichungen sollen sie in die Debatte intervenieren und so ent- scheidend zur internationalen Sichtbarkeit des Kollegs beitragen. Zu den besonderen Aufgaben einiger Fellows (u. a. Fraser, Jaeggi, Mahnkopf) gehört auch, die *geschlechterdifferenzielle* Dimension gesell- schaftlicher Transformation zu beleuchten – ein Unterfangen, das bei drei männlichen Antragstellern erfahrungsgemäß einer unterstützenden „äußeren“ Instanz bedarf. Hinzu kommt, dass über die Fel- lowships vor allem die *transnationale* Dimension der Wachstumsproblematik diskutierbar gemacht werden soll. Dabei wird dem Austausch mit nord- und südamerikanischen Wissenschaftlerinnen sowie der Kooperation mit Forschungseinrichtungen in Russland (Higher School of Economics, Moskau) und Südostasien (National University of Singapore) ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Intensität und Umfang der Aufgaben variieren mit der Dauer der Fellowships. Die Zeitpunkte des Aufenthalts ergeben sich aus der Zuordnung zu den zentralen Themenfeldern. Aus diesen Themenfeldern heraus sollen auch die theoretischen Innovationen entstehen, die in einem kollektiven Prozess gemeinsam mit den Fellows erarbeitet werden können. Nachfolgend skizzieren wir für jedes Themenfeld jeweils (a) den inhaltlichen Fokus, (b) die anvisierte theoretische Innovation sowie (c) die geplante personelle Konstellation, in welcher die Senior-Fellows (Aufenthalt bis zu zwölf Monaten) jeweils eine zentrale Position einnehmen.

(1) *Wachstum, Arbeit und sozialer Konflikt*

(a) *Inhaltlicher Fokus*: Anders als von Marx prognostiziert, hat sich – sozial geschützte – Lohnarbeit in der Ära eines prosperierenden Wohlfahrtskapitalismus über viele Jahrzehnte als gigantische gesell- schaftliche Integrationsmaschine erwiesen. Dementsprechend konnte der soziale Klassenkonflikt „pa- zifiziert“ werden (Müller-Jentsch 2008). Mit der marktgetriebenen *Landnahme* und dem Niedergang eines „Kapitalismus ohne Reservearmee“ (Lutz 1984: 186) hat sich jedoch ein Entwicklungsbruch vollzogen, dessen gravierende Folgen in vollem Umfang erst während des zurückliegenden Jahrzehnts sichtbar geworden sind. Zwar sind weltweit mehr Menschen denn je von Erwerbsarbeit abhängig, doch sozial geschützte Lohnarbeit ist selbst in den kapitalistischen Zentren keine Selbstverständlich- keit mehr (ILO 2008). Prekarisierung und Informalisierung bewirken, dass abhängige Erwerbsarbeit sukzessive ihren integrativen Charakter verliert. Die „Feminisierung“ von Erwerbsarbeit vollzieht sich in enger Koppelung mit der Ausbreitung unsicherer Lebensformen (Aulenbacher 2009, Castel/Dörre 2009, Manske/Pühl 2010). Zugleich splittert der soziale Konflikt auf: Bereiche, in denen sich eine

normierte Konfliktregulation etabliert hat, schrumpfen. Demgegenüber kehren nicht-normierte Konflikte – Labour Unrest, Revolten, Aufstände und gewaltsamer Protest – auch in die entwickelten Kapitalismen zurück (Silver 2005, Brinkmann u. a. 2008). Aus der Perspektive des Landnahmetheorems lassen sich diese Entwicklungen als Funktionswandel von Erwerbsarbeit und sozialen (Klassen-)Konflikten deuten (Dörre 2010d, 2011b). So spricht gegenwärtig wenig für einen Abschied von der Arbeitsgesellschaft, denn „nie war die Arbeit für den Prozess der Wertschöpfung von zentralerer Bedeutung“ (Castells 2001: 319). Doch „niemals waren auch die Arbeitskräfte – ohne Ansehen ihrer Qualifikationen“ in vielen Ländern zumindest des globalen Südens „so verwundbar wie in der Gegenwart“ (ebd.). Auch ein Übergang zu Nicht-Wachstum würde – so jedenfalls die These aus der Perspektive des Landnahmetheorems – die Zentralität von Arbeit und Verteilungskonflikten nicht zwangsläufig in Frage stellen. Die Grenzen materiellen Wachstums könnten künftig eher noch zu einer Verschärfung von Arbeitskonflikten beitragen. Im Falle einer allmählichen Abkehr von konventioneller Massenfertigung und Konsumerismus, wie sie als Lösungsweg diskutiert wird, wäre die integrative Funktion von Arbeit im Grunde aber nur in ihren qualitativen Dimensionen (Tätigkeitsinhalte, Sozialbeziehungen) zurückzugewinnen. Einige Autoren plädieren daher für eine Rückkehr zu einem handwerklichen Arbeitskonzept (Sennett 2008, Miegel 2010). Realistischer erscheinen Dörre, dem Protagonisten in diesem Feld, Vorschläge z. B. aus dem feministischen Diskurs, die den gesellschaftlichen Charakter von Erwerbsarbeit über „Landpreisgabe“, d. h. auf dem Wege einer Verknüpfung mit anderen (Reproduktions-)Tätigkeiten, wiederherzustellen beabsichtigen (Dölling 2010: 31-46, Aulenbacher 2010: 75-101, klassisch: Arendt 2010: 161 ff.). Aus der Warte des „antiproduktivistischen“ *Aktivierungstheorems* wären hingegen die Befreiung vom Erwerbsarbeitszwang und die Ausweitung legitimer Statuspositionen im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung ins Zentrum alternativer gesellschaftlicher Entwicklungsoptionen zu rücken (Lessenich 2009d, e, 2011b).

(b) *Theoretische Innovation: Theorie kapitalistischer Landnahmen als Mehrebenenkonzept.*

Bislang liegt eine – soziologische – Theorie kapitalistischer Landnahmen, die den Funktionswandel von (Erwerbs-)Arbeit und sozialen Konflikten erklären könnte, allenfalls in Fragmenten vor. Die Dynamik von Landnahmeprozessen wird vom Protagonisten Dörre in Anlehnung an die New Economic Sociology aus dem Spannungsverhältnis von Marktvergesellschaftung und politisch-institutioneller Marktbildung erklärt, wobei letztere wesentlich auf Kooperation und Solidarität in Arbeitsprozessen beruht. Während der wirtschaftssoziologische Institutionalismus jedoch die politisch-institutionelle Stabilisierung von Marktbildungsprozessen betont (Fligstein 2001), impliziert das Landnahmekonzept ein periodisch auftretendes Interesse dominanter kapitalistischer Akteure (Unternehmen, Eigentümer, Manager), als „first movers“ soziale Regeln zu unterlaufen, um Extragewinne zu erzielen (Streeck 2009: 241). Dies kann durch Okkupation, aber auch mittels aktiver Herstellung „äußerer Märkte“ gelingen, in denen das kapitalistische Rationalitätsprinzip des Äquivalententauschs nicht oder nur eingeschränkt gilt. Solche dem Kapitalismus „äußeren“, d. h. nicht kapitalistisch formbestimmten Märkte existieren z. B. in Gestalt brachliegender Arbeitskräfte und Regionen oder als öffentliche, der Kommodifizierung entzogene Güter innerhalb von Nationalstaaten. Sofern die Nutzung „äußerer Märkte“ mit der Zerstörung marktbildender Institutionen, dem opportunistischen Beugen sozialer Regeln oder der Etablierung und Verschärfung „sekundärer Ausbeutung“ (etwa durch Nutzung patriarchaler Herrschaftsmechanismen oder die Konstruktion eines transitorischen Status für Migranten; Dörre 2010c) einhergehen, handelt es sich aus der Perspektive um Varianten einer regressiven Modernisierung.

Auch für diesen Fall gilt allerdings, dass es sich bei kapitalistischen Landnahmen prinzipiell um kontingente Mehrebenenprozesse handelt. Während theoretische Konzepte seit Marx (1867/1973) primär aus der Makroperspektive argumentierten, handelt es sich bei der bislang ausgearbeiteten neuen Version der Landnahmehese (Dörre 2009a, b, c, 2010a, b, d) um eine empirische Fundsache, die Forschungen zu Unternehmenssteuerung (Dörre/Holst 2009), Prekarisierung (Brinkmann u. a. 2006, Holst u. a. 2009), Reorganisation von Universitäten (Dörre/Neis 2010), industriepolitischen Netzwerken (Dörre/Röttger 2006) und Arbeitsmarktregimes (Bescherer u. a. 2009) haben die Identifikation von Transfermechanismen auf der Meso- und Mikroebene ermöglicht, die dann zum – potentiell erklärenden – Konzept einer neuen Landnahme verdichtet wurden. Wie sich die Wechselbeziehungen zwischen den Restrukturierungen auf der Makroebene und den sozialen Feldern und spezifischen Regeln (Bourdieu 1993) auf der Meso- und Mikroebene darstellt, ist jedoch noch weitgehend ungeklärt und bedarf sowohl methodischer als auch theoretischer Reflexion (Esser 1999, 2000, Schimank 2009). Wie am Beispiel der kapitalmarktorientierten Unternehmenssteuerung dargestellt (Dörre/Brinkmann 2005, Dörre/Holst 2009, Dörre u. a. 2011), werden in der Regel Leitbilder installiert, die einen feldspezifischen Landnahmeprozess in Gang bringen, der jedoch stets auf sperrige Rationalitäten und eigensinnig handelnde Akteure trifft. Im Ergebnis kommt es – häufig noch innerhalb der Hülle scheinbar intakter Institutionen – zu Veränderungen, die auf längere Sicht über einen lediglich graduellen Wandel hinausweisen können, dabei aber immer wieder durch Gegenbewegungen „von unten“ beeinflusst werden. Solche Veränderungen sollen anhand des Funktionswandels von Erwerbsarbeit und sozialen (Verteilungs-)Konflikten beleuchtet werden. Dieser Wandel soll, z. B. anhand transnationaler Wertschöpfungsketten, länderübergreifend und geschlechterdifferentiell analysiert werden. Als Ausgangspunkt dient die These, derzufolge jede zeitgenössische Inwertsetzung gesellschaftlicher Arbeit in steigendem Maße auf eine Funktionalisierung reproduktiver Tätigkeiten angewiesen ist. Dieser, häufig als „Entgrenzung“ von Erwerbsarbeit (Sauer 2005) beschriebene, Landnahmeprozess, der die kohäsive Wirkung von Lohnarbeit und organisierten Arbeitsbeziehungen dramatisch schwächt, zugleich aber neue soziale Akteure und Konflikte hervorbringt, ist theoretisch noch keineswegs durchdrungen (Aulenbacher/Wetterer 2009, Böhle u.a. 2010). Die theoretische Innovation wird deshalb darin bestehen, Ansätze aus der Neuen Politischen Ökonomie (Bieling 2007) und der Wirtschaftssoziologie (Mauerer 2007), die „Arbeit“ tendenziell ausblenden, mit Ansätzen aus der Arbeitssoziologie und der Ungleichheitsforschung, die Gesellschaft häufig nur noch als „Kontext“ wahrnehmen, von einer wachstumskritischen „Außenposition“ so zu verknüpfen, dass eine Mehrebenenperspektive möglich wird.

(c) *Konstellation*: Protagonist – Klaus Dörre, Antagonist – Stephan Lessenich, Moderator – Hartmut Rosa. Als Senior Fellows sind Birgit Mahnkopf (Berlin) sowie Robert Castel (Paris), Luc Boltanski und ggf. Loïc Wacquant (Berkeley) vorgesehen. Arbeitssoziologisch qualifiziert, hat Birgit Mahnkopf zuletzt eine exponierte und elaborierte wachstumskritische Position bezogen. Sie steht sowohl für eine transnationale Analyseperspektive als auch für wissenschaftliche Kompetenz auf dem Feld von Arbeitsbeziehungen, sozialen Bewegungen und Arbeitskonflikten. Die genannten französischen Soziologen stellen für jeden sozialwissenschaftlichen Arbeitszusammenhang einen intellektuellen Gewinn dar. Robert Castel ist prominenter Impulsgeber der Prekarisierungsforschung, Loïc Wacquant bringt seine Studien zu nicht-normierten Sozialkonflikten ein und Luc Boltanski verkörpert sowohl kapitalismustheoretische als auch arbeitssoziologische Kompetenz auf höchstem Niveau.

(2) Wachstum, Prosperität und Wohlstand

(a) *Inhaltlicher Fokus:* In den Kontroversen zwischen Wachstumskritikern und Wachstumsbefürwortern bildet die Möglichkeit einer Entkoppelung von ökonomischem Wachstum und Wohlstand einen gemeinsamen Fluchtpunkt. Diesen in der sozialen Realität zu erreichen, würde jedoch bedeuten, die Dynamik sozialer *Beschleunigung* zu unterbrechen. Aus der Perspektive des Beschleunigungstheorems ist in den entwickelten Gesellschaften ein Umschlagpunkt längst überschritten, an dem materielles Wachstum aufhört, zur Wohlstandssteigerung von Bevölkerungsmehrheiten beizutragen. Die Fortsetzung der Wachstums- und Beschleunigungsdynamik scheint im Gegenteil die Chancen für ein autonom geführtes, gelingendes Leben deutlich einzuschränken. So betrachtet, benötigt Wachstumskritik ein normatives Fundament, von dem aus sich normative Orientierungen zu Entwürfen gelingenden Lebens verdichten lassen. Ein Durchbrechen der Wachstums- und Beschleunigungsdynamik scheint als Aufhebung einer Entfremdung möglich, die nicht nur als formationsübergreifend, sondern als hinter vordergründigen Klassen- und Verteilungskonflikten verborgen gedeutet wird (Rosa 2009a, c). Auch diese Diagnose des Protagonisten Rosa wird unter den Antragstellern kontrovers diskutiert. Rosa analysiert Beschleunigungs- und Wachstumszwänge als universelle Steigerungsphänomene, aus denen es innerhalb kapitalistischer Vergesellschaftung kein Entrinnen gibt. Im Sinne der Universalität der dahinter verborgenen Entfremdungsproblematik benötigen alternative Entwürfe demnach eine neue Aufklärung, die bei den Eliten beginnt. Die Gegenthese wird aus der Perspektive des *Landnahmetheorems* formuliert. Danach könnte auch für die entwickelten Gesellschaften des globalen Nordens zumindest für eine Übergangsperiode ein qualitatives, soziales Wachstum (maßgeblich getrieben durch die Expansion von Humandienstleistungen) notwendig sein, das sich allerdings nur im Ringen gesellschaftlicher Interessengruppen und mittels Überwindung asymmetrischer Machtverteilungen durchsetzen lässt.

(b) *Theoretische Innovation: Soziologie der Weltbeziehung in gesellschaftskritischer Absicht.*

Ein zentrales Forschungsinteresse gilt der Frage, auf welche Weise sich die dreifache, verschränkte Steigerungslogik von Wachstum, Beschleunigung und Innovationsverdichtung auf das kulturelle Weltverhältnis bzw. die Weltbeziehung der Subjekte auswirkt. Ausgehend von der Beobachtung, dass sich in den entwickelten Industrienationen die Zukunftshorizonte eingetrübt haben (Nassehi 1993), dass also an weitere Wachstums-, Beschleunigungs- und Innovationsgewinne keine Fortschrittshoffnungen im Sinne einer Verbesserung von Lebensqualität und Wohlergehen mehr geknüpft sind und dass politische Reformen in aller Regel nicht mit der Aussicht auf eine Verbesserung der „*conditio humana*“, sondern mit der Drohkulisse eines Niedergangs und Zurückbleibens im Steigerungswettbewerb begründet werden, soll als grundlegend neues Element nun nach den Quellen, Manifestationsformen und Folgewirkungen von Störungen in der Weltbeziehung der Subjekte gefragt werden. Dazu wird auf das jüngst u. a. durch Rahel Jaeggis Studie (2005) wiederbelebte Konzept der Entfremdung zurückgegriffen. Entfremdung soll dabei nicht als Verfehlung einer substantialistisch oder gar essentialistisch verstandenen Natur des Menschen, sondern als Störung in der Aneignung bzw. Anverwandlung von Dingen, Tätigkeiten und Menschen bzw. in der Beziehung zu Raum, Zeit, Gesellschaft und zum eigenen Körper begriffen werden (Rosa 2009b). Um einen solchen Entfremdungsbegriff trennscharf und empirisch fruchtbar machen zu können, bedarf es der systematischen Entfaltung eines posi-

tiven Gegenkonzepts der gelingenden, d. h. nicht-entfremdeten Weltbeziehung. Als ein solches Konzept soll der Begriff der Resonanzbeziehung etabliert und exploriert werden. Ausgangspunkt hierfür ist die Vermutung, dass Subjekte ihre Welt, ihr Leben, ihr Handeln bzw. ihre sozialen Beziehungen immer dann als gelingend oder erfüllend erfahren, wenn sie Resonanzerfahrungen machen. Das Resonanzkonzept kann als grundlegende Modifikation bzw. Erweiterung des etwa von Honneth, Taylor u. a. eingeführten Anerkennungskonzepts verstanden werden. Nach Honneth lassen sich soziale Kämpfe ebenso wie subjektive Aspirationen und Erfüllungsmomente letztlich auf die Erfahrung sozialer Anerkennung zurückführen und auch für Taylor sind Identität und Anerkennung korrelativ. Problematisch daran scheint zu sein, dass sich auf diese Weise eine ganze Reihe von Erfahrungen des Glücks, der Erfüllung und der gelingenden Weltbeziehung konzeptuell nicht einholen lassen, die phänomenologisch von größter Bedeutung sind. Dazu zählen etwa Naturerfahrungen sowie ästhetische oder religiöse Erfahrungen. Tatsächlich, so scheint es, dienen den Subjekten in der Moderne insbesondere diese drei Phänomenbereiche: Natur (exemplarisch hierfür etwa Momente des „Einklangs“ auf Berggipfeln oder an Meeresstränden), Ästhetik (und hier insbesondere musikalische Erfahrungen) und Religion als paradigmatische Resonanzflächen. In solchen Erfahrungen versuchen sie sich eines Einklangs oder einer Harmonie mit sich selbst und „der Welt“ zu vergewissern. Daher scheint das Resonanzkonzept nicht nur insofern über das Anerkennungskonzept hinauszugehen, als es auch solche Formen gelingender oder gestörter Weltbeziehung theoriestrategisch einzubeziehen erlaubt, sondern es scheint auch im Hinblick auf eine Neuinterpretation sozialer Interaktionsverhältnisse fruchtbar zu sein: Mit Hilfe des Resonanzkonzeptes lässt sich einerseits die Konstituierung der Subjektivität aus der Intersubjektivität, wie sie seit G. H. Meads einflussreichen Arbeiten in der Soziologie diskutiert wird, aufschlussreich rekonstruieren, und andererseits erklären, wieso das Ignorieren bzw. die Indifferenz gegenüber einer Person in aller Regel schwerwiegendere Folgen hat als ihre Missachtung im Sinne einer expliziten Missbilligung oder Abwertung. Entfremdungserfahrungen lassen sich im Lichte dieser Annahme als Konsequenzen „stummer“, nicht-resonierender Beziehungen interpretieren; sie können sich trotz und u. U. gerade infolge erfolgreicher instrumenteller Beziehungen zu Dingen, Menschen, Räumen etc. einstellen. Indem auf diese Weise anhand des Begriffspaars Resonanz/Entfremdung ein normativ gehaltvolles, gesellschaftstheoretisch fundiertes und empirisch anschlussfähiges Diagnoseinstrument für Störungen in der Weltbeziehung moderner Subjekte etabliert und für die empirische Forschung operationalisierbar gemacht werden soll, hoffen wir, einen neuen Indikator für Lebensqualität und menschliches Wohlergehen zu gewinnen. Dieser soll es erlauben, die für die Moderne seit der Aufklärung konstitutive Fortschrittshoffnung von den modernen Dynamisierungsprinzipien zu trennen, so dass die Förderung des menschlichen Wohlergehens als Politik- und Gestaltungsziel nicht nur erhalten bleibt, sondern potentiell gerade *gegen* die systemischen und kapitalistischen Steigerungsimperative in Anschlag gebracht, zumindest aber problematisiert werden kann.

(c) *Konstellation*: Protagonist – Hartmut Rosa, Antagonist – Klaus Dörre, Moderator – Stephan Lessenich. Als Impulsgeber werden die Senior Fellows Charles Taylor (Montreal) und Rahel Jaeggi (Berlin) auftreten. Während Rahel Jaeggi in ihrer einflussreichen Studie (2005) das in der Kritischen Theorie in Misskredit geratene Konzept der Entfremdung als eine Störung der Weltaneignung philosophisch so formalisiert und rekonstruiert hat, dass es auch soziologisch wieder anschlussfähig ist, kann Charles Taylor nicht nur als einer der wichtigsten Vertreter der Anerkennungstheorie, sondern geradezu als Protagonist einer Resonanztheorie des Sozialen verstanden werden (Rosa 2011).

(3) Wachstum, sozial-politische Interessenlagen und wohlfahrtsstaatliche Regulation

(a) *Inhaltlicher Fokus:* An das zweite Themenfeld schließt eine dritte Forschungsfrage unmittelbar an: Wie wirkt sich der ökonomisch-ökologische Gesellschaftskonflikt auf die Sozialstruktur und die Interessenformierung entwickelter Kapitalismen aus? Und was bedeutet der potentielle Übergang zu Nicht-Wachstumsgesellschaften für die Regulationskapazität des Wohlfahrtsstaates? Beide Fragen hängen eng miteinander zusammen. War es doch gerade die – mit materiellem Wachstum expandierende – Regulationskapazität des Wohlfahrtsstaates, die entscheidend zu einer Politisierung sozialer Ungleichheiten (Offe 2006), zur Abschleifung lebensweltlich erfahrbarer Klassengegensätze (Mooser 1984, Berger 1986), zur Freisetzung aus ständisch-patriarchalen Geschlechterverhältnissen (Fraser 2001, 2009) sowie zur Individualisierung und Pluralisierung gesellschaftlicher Lebensweisen (Beck 1983, 1986) beigetragen hat. Im Gefolge schrumpfender Verteilungsspielräume (Streeck 2010) sind nicht nur die „groben“ sozialen Unterschiede wieder stärker sichtbar geworden, auch die Regulationskapazität des Wohlfahrtsstaates stößt an Grenzen. Die Deutungen und Bewertungen dieser Entwicklung sind in der Ungleichheitsforschung (Berger/Weiß 2008, Vogel 2009, Rössel 2009) überaus umstritten. Die erneute Beschäftigung mit klassischen Paradigmen der Ungleichheitsforschung zeugt von produktiver Verunsicherung (Klinger u. a. 2007, Solga u. a. 2009). Das gilt auch für die Antragsteller. Während Rosa eine gattungsspezifische Entfremdungsproblematik beschreibt, die soziale Hierarchien und Interessengegensätze tendenziell sekundär werden lässt, akzentuiert der Protagonist Stephan Lessenich den sozial-politischen Konflikt um die Verteilung von absoluten bzw. relativen Wohlstandsverlusten als die „neue soziale Frage“ (Lessenich/Nullmeier 2006, Lessenich 2009b, c). In relativem Kontrast zu beiden Diagnosen sieht Dörre (2010b) in der finanzgetriebenen Landnahme das Potential einer Neubildung sozialer Klassen angelegt, betont allerdings die Prozesshaftigkeit von Klassenbildungen, eine Pluralität von Ausbeutungsmechanismen sowie die Möglichkeit zu „Klassenkämpfen“ auch innerhalb von und zwischen subalternen Gruppen. Der Metafrage, wie der ökonomisch-ökologische Gesellschaftskonflikt auf die Ungleichheitsstruktur und sozialstrukturellen Konfliktlinien entwickelter Kapitalismen wirkt, hat sich bislang jedoch keiner der Antragsteller systematisch gewidmet. Die These wird in diesem Forschungsfeld aus der Perspektive des *Aktivierungstheorems* formuliert. Danach spricht einiges für die Annahme, dass sich die ungleiche Verteilung von Aktivitäts- und Mobilitätsressourcen als neue – zumindest vorübergehend stabile – gesellschaftliche Spaltungslinie etabliert, an der entlang sich Prozesse der Schließung von Solidaritätsräumen, der (Nicht-)Anerkennung von Lebensführungsmustern und der Kulturalisierung von sozialen Konflikten entfalten (Lessenich 2009d). Bereits heute zeichnet sich ab, dass diese Prozesse die strukturellen „cleavages“ kapitalistischer Wachstumsgesellschaften – von der „Arbeiterfrage“ über den Geschlechterkonflikt bis hin zu ethnischen Spaltungen – durchkreuzen, womit sich die Frage der „Intersektionalität“ von Formen und Dynamiken sozialer Ungleichheit auf neue Art (und erweiterter Basis) stellt. Für die Gegenthese wird die Perspektive sozialer *Beschleunigung* fruchtbar gemacht. Demnach ist durchaus fraglich, ob sich die Pendelbewegung eines „spätkapitalistischen“ Wohlfahrtsstaates, der sich beständig zwischen ökonomischen Akkumulationszwängen und demokratischen Legitimationsbedarfen bewegt, überhaupt noch auf Dauer stellen lässt, müssen doch Verteilungskonflikte und Interessengegensätze unter Nichtwachstumsbedingungen „aus der Substanz“ (Lutz 1984: 235) befriedet werden.

(b) Theoretische Innovation: Wissenssoziologie gesellschaftlichen Formationswandels.

Die ausgehend von den empirisch angeleiteten Erkundungen dieses Themenfeldes angestrebte theoretische Innovation besteht in einer Überführung der bisherigen Forschungen zu einer politischen Soziologie der „Aktivierung“ in eine Wissenssoziologie der – dynamisch-stabilen – Reproduktion moderner, demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften (Lessenich 2003). Unter Bezugnahme auf die Ergebnisse laufender empirischer Forschungen zur subjektiven Akzeptanz, Aus- und Umdeutung sozialpolitischer Aktivierungsprogramme soll die in den bisherigen Arbeiten des Protagonisten Lessenich angelegte wissenssoziologische Fragestellung systematisch entfaltet werden: als Frage nach der Konstitution, Reproduktion und Transformation gesellschaftlicher Wissensordnungen. Am Beispiel des gegenwärtigen, über den Umbau der sozialstaatlichen Ordnung vermittelten politischen Steuerungsmodus der „Aktivierung“ soll das Zusammenspiel von institutionellen Strukturbildungen, gesellschaftlichen Wissensbeständen und alltäglichen Sozialpraktiken ergründet werden. Damit wird die Selbstbeschreibung der spätkapitalistischen Gesellschaftsformation als dynamischer Wachstumszusammenhang – hier: als soziale Ordnung der permanenten Fremd- und Selbstmobilisierung – zum Gegenstand umfassender Thematisierung. Das theoretische Erkenntnisinteresse lautet, mittels welcher sozialer Mechanismen sich die Wissensordnung des „flexiblen Kapitalismus“ konstituiert und reproduziert, welche intendierten und nicht-intendierten gesellschaftlichen Dynamisierungspotenziale dieser Ordnung inhärent sind – und welche strukturell widersprüchlichen, tendenziell über sie selbst hinausweisenden (sprich: transformativen) politisch-sozialen Konstellationen sie hervorbringt. In diesem Sinne steht die angestrebte Theoriebildung in einer systematischen Verbindung nicht nur zur jüngeren kultursoziologischen und praxistheoretischen Ansätzen zur Erforschung der Reproduktionsmechanismen sozialer „Ordnung“ (Kertschner/Mersch 2003, Reckwitz 2003, Hörning 2004), sondern auch zu den vier im Rahmen des Kollegs verhandelten Metathemen. Darüber hinaus bietet sich das Kolleg als institutioneller Rahmen an, um die stark nationalgesellschaftliche Perspektive der bisherigen Forschungen in diesem Feld zu öffnen für die im weltgesellschaftlichen Kontext relevanten Fragen nach Ungleichzeitigkeiten, Wechselwirkungen und Grenzstabilisierungen (wohlfahrts-)staatlicher Intervention. Die gegenwärtige Konstellation globaler kapitalistischer Vergesellschaftung ist durch die Koexistenz von „multiple capitalisms“ mit unterschiedlichem Entwicklungsstand staatlicher Interventionsmodi gekennzeichnet: Während in den (ihrerseits unterschiedliche Varianten aufweisenden) spätindustriellen Kapitalismen je spezifische Spielarten „aktivierender“ Politik durchgesetzt werden, lassen sich in den Ökonomien der BRIC-Staaten sowie diverser industriekapitalistischer „Schwellenländer“ klassische Formen der politisch vermittelten („ursprünglichen“) Proletarisierung und der (mehr oder weniger) rudimentären sozialstaatlichen Regulierung beobachten. Ziel der weiteren Forschungen wird es sein, die dynamisierenden Effekte dieser (im globalen Maßstab) ungleichzeitigen kapitalistischen Entwicklung zu analysieren, die sich u. a. durch internationale Konkurrenz- und institutionelle Diffusionseffekte, transnationale Politik- und globale Migrationsprozesse ergeben.

(c) Konstellation: Protagonist – Stephan Lessenich, Antagonist – Hartmut Rosa, Moderator – Klaus Dörre. Als Impulsgeber werden die Senior Fellows Claus Offe (Berlin) und Beverly Silver (Baltimore) auftreten. Das politisch-soziologische und staatstheoretische Werk Claus Offes ist ein zentraler Bezugspunkt der bisherigen Forschungen des Protagonisten in diesem Feld gewesen. Die jüngeren Arbeiten Offes zu den Handlungsspielräumen demokratischer Institutionen und den Bedingungen progressiver Politik werden ebenso für produktive Impulse sorgen wie umgekehrt seine eigene Theoriebildung

von wissenssoziologischen und praxistheoretischen Importen profitieren kann. Beverly Silver wird mit ihrem historisch-soziologisch geprägten Fokus auf gesellschaftliche Machtressourcen, soziale Klassenkonflikte und Fragen der politischen Ökonomie der Globalisierung die inhaltlichen Debatten und theoretischen Innovationen in diesem Themenfeld für akteurstheoretische und welt-systemische Perspektiven öffnen.

(4) Wachstum, Degeneration oder Transformation von Demokratie

(a) *Inhaltlicher Fokus*: Schwindet die gesellschaftliche Integrationskraft von materiellem Wachstum, Erwerbsarbeit und wohlfahrtsstaatlicher Regulierung, so wirft dies zwingend die Frage nach der Stabilität und Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren auf. Umgekehrt bezeugen inzwischen auch Wachstumsbefürworter aus den Eliten des globalen Nordens dem autoritär-zentralistischen Kriseninterventionsmodus etwa der VR China offen ihre Bewunderung. Doch selbst Wissenschaftler, die dem neuen Autoritarismus kritisch begegnen (Wallerstein 2008), zweifeln an der Zukunftsfähigkeit parlamentarischer Demokratien und sprechen von postdemokratischen Verhältnissen (Crouch 2008, Deppe 2010). Gemeinsam ist den meisten dieser Szenarien indessen die Diagnose eines weit reichenden Bedeutungswandels sozialer und kultureller Konflikte. Diese Konflikte verlieren ihre kohäsive, die demokratischen Institutionen stabilisierende Kraft (Silver 2003, Wacquant 2009). Die vergesellschaftende Wirkung des „Streits“, die Simmel selbst noch für bestimmte Formen des Krieges gelten lassen wollte, scheint in den zeitgenössischen Gesellschaften merkwürdig verblasst. Angesichts der daraus resultierenden Irritationen verwundert es nicht, wenn Positionierungen der Antragsteller auch in diesem Themenfeld erhebliche Reibungsflächen aufweisen. Rosa ist hier besonders skeptisch: Soziale Beschleunigung bewirkt in seinen Augen eine uneinholbare Desynchronisation von Ökonomie und Demokratie mit der Konsequenz einer Delegitimierung demokratischer Institutionen und Verfahren. Dörre lenkt dagegen das Augenmerk auf heterodoxe Strömungen und Kräfte, die zum Ausgangspunkt einer Erneuerung (wirtschafts-)demokratischer Konzeptionen werden könnten. Lesse-nich wiederum leitet aus den Konflikten um den – nicht mehr verzichtbaren – Wohlfahrtsstaat eine Agenda zu dessen Demokratisierung ab. In der Kontroverse ist eine zentrale Frage aber noch gar nicht gestellt worden: Wie wirkt sich der erneute Strukturwandel der Öffentlichkeit (Kommerzialisierung des Mediensektors, Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Fragmentierung in Teilöffentlichkeiten, Skandalisierung als Kommunikationsmodus) auf demokratische Institutionen und Verfahren aus? Und in welchem Verhältnis steht dieser Strukturwandel zu den basalen Dynamisierungslogiken entwickelter Kapitalismen?

(b) *Theoretische Innovationen*: Die Arbeitsthesen, anhand derer nach Antworten gesucht wird, sollen in diesem Themenfeld nicht von einem der Antragsteller, sondern von Nancy Fraser als einer der Senior-Fellows, die ihre feste Mitarbeit bereits zugesagt haben, formuliert werden. Als Ausgangspunkte soll der anhaltende Strukturwandel demokratischer Öffentlichkeiten (Fraser 2010) dienen. Von hier aus lässt sich der analytische Blick auf demokratische Verfahren und Institutionen richten. Zu prüfen wäre, ob sich im Kontext von sozialen Konflikten um die Steigerungslogik kapitalistischer Vergesellschaftung Gegenöffentlichkeiten und Bewegungen herausbilden, die zu Katalysatoren einer neuen sozialen Ordnung und ggf. einer weitergehenden Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse werden könnten (Chavel 2006). Die Rolle des kritischen Antagonisten wird im Feld William E.

Scheuerman zufallen, der in seinen Arbeiten aus einer ideen- und rechtsgeschichtlich informierten Perspektive die Möglichkeiten und Grenzen von Demokratie und Demokratisierung insbesondere auch in Auseinandersetzung mit dem Beschleunigungstheorem auslotet (Scheuerman 2004, Rosa/Scheuerman 2009).

(c) *Konstellation*: Protagonist: Nancy Fraser (New York), Antagonist: William E. Scheuerman (Bloomington). An die Stelle des Moderators rücken in diesem Feld die drei Antragsteller.

4.4 Metathemen

Die vier skizzierten Themenfelder sind über den inneren Zusammenhang der drei forschungsstrategisch zentral gestellten Steigerungsprinzipien miteinander verbunden. Thematisiert werden Basisinstitutionen kapitalistischer Vergesellschaftung, die jedoch immer auch in einem Spannungsverhältnis zu den Dynamisierungsprinzipien stehen. Neben diesen Themenfeldern sollen im Kolleg zusätzlich vier übergreifende Metathemen bearbeitet werden. Dies sind (1) die Begründung und Legitimation einer *Soziologie der Kritik*, (2) eine Auseinandersetzung mit den *Varieties of Capitalism*, (3) der Versuch einer *handlungstheoretischen Fundierung* der bislang eher strukturalistischen Dynamisierungsanalysen sowie (4) die Schärfung des analytischen Blicks für *Strategic Choice* und *alternative Entwicklungsmöglichkeiten*. In der Abfolge der vier Themenfelder ist die Bearbeitung der Metathemen eine Daueraufgabe. Zuständig für die Bearbeitung der Metathemen sind – neben den Antragstellern und ausgewählten Fellows – die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen des Kollegs. Sie sorgen für Verbindlichkeit bei der Bearbeitung. Auch die Metathemen stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang.

(1) *Soziologie der Kritik*: Hier kann an die inzwischen auf elaborierter Grundlage geführte Debatte um die Möglichkeiten und Grenzen soziologischer Kritik angeknüpft werden (Celikates 2009, Forst u. a. 2009, Jaeggi/Wesche 2009, Basaure u. a. 2009, Lessenich 2009a, Vobruba 2009, Rosa 2010). Ziel ist es hier, die normativen Grundlagen kritischer Soziologie und deren mögliche Verbindung mit der alltäglichen Kapitalismuskritik von Individuen und sozialen Gruppen bewusst zu reflektieren (Saar 2009: 567 ff., Boltanski 2010). Dabei soll die unter den Antragstellern umstrittene These geprüft werden, derzufolge die Erosion der Legitimationsressourcen kapitalistischer Wachstumsdynamik auch und gerade in Deutschland weiter voran geschritten ist, als es angesichts des weitgehend konfliktfreien Managements der Wirtschaftskrise scheinen mag (Dörre u. a. 2009, kritisch: Lessenich 2009b, Rosa 2009b). Die Selbstvergewisserung über den Ort und die Möglichkeiten soziologischer Kritik ist wiederum eine gleichsam metatheoretische Voraussetzung, um in eine Kontroverse mit anderen, z. B. institutionalistischen Kapitalismustheorien eintreten zu können.

(2) *Varieties of Capitalism*: Die globale Dimension der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise verweist auf eine formationsübergreifende Problematik (nicht nur) kapitalistischer Gesellschaften (Streeck 2009, Beyer 2010). Dennoch spricht einiges dafür, dass Institutionen hinsichtlich einer kollektiven Bearbeitung der Wachstumsproblematik noch immer divergente Handlungsstrategien der Akteure präjudizieren (Hall/Soskice 2001, Fligstein/Cho 2006, Hancké 2009). Die Antragsteller haben die institutionellen Divergenzen nationaler Kapitalismusmodelle in ihren Debatten bislang bewusst vernachlässigt. Es kann aber kein Zweifel bestehen, dass Destabilisierungen in den Kapitalismusmodellen

unterschiedlich ausgeprägt und Krisenlösungspotentiale ungleich verteilt sind. Dies gilt es künftig mit Blick auf das Spannungsverhältnis von Dynamisierungsimperativen und Wachstumsgrenzen genauer herauszuarbeiten. Ähnliches gilt für den Systemvergleich zum (ehemaligen) staatsbürokratischen Sozialismus. Die Betonung institutioneller Divergenz bezieht ihren analytischen Charme indessen insbesondere aus der impliziten Frage nach politischen Handlungsspielräumen. Um diese wirklich ausloten zu können, ist eine handlungstheoretische Fundierung der Dynamisierungsanalysen zwingend geboten.

(3) Politische Soziologie/Handlungstheorie: Weder wirkt die Steigerungsspirale kapitalistischer Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung akteurslos auf gesellschaftliche Subsysteme ein, noch sind Weichenstellungen in Richtung auf alternative Vergesellschaftungsmodi ohne handelnde Subjekte vorstellbar. In diesem Zusammenhang müssen wir selbstkritisch konstatieren, dass unsere drei Dynamisierungstheoreme bislang handlungstheoretisch unterbestimmt sind. So gesehen könnten Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung als funktionalistische Logiken gedeutet werden, die intervenierendes Akteurshandeln randständig erscheinen lassen. Solche Interpretationen liegen jedoch eindeutig quer zu unserer eigentlichen Absicht. Daher gilt es, eine Handlungstheorie dominanter wie heterodoxer kapitalistischer Akteure zu entwickeln, die sich auf unterschiedliche soziale Felder anwenden lässt und die zugleich den Blick für gegenhegemoniale Kräfte und Bewegungen öffnet. In diesem Zusammenhang könnte es sich als fruchtbar erweisen, Strategien der Krisenbearbeitung und -überwindung als Formen „kreativen Handelns“ (Joas 1992) zu begreifen, das sich allerdings in strukturierten sozialen Feldern mit je eigenen Regeln und Machtbeziehungen (Bourdieu 1993: 107-114) entfalten und bewähren muss. Im Kontext der Neuen Politischen Ökonomie haben Streeck und Thelen (2005) ein Handlungsmodell entwickelt, an das sich insbesondere aus der Perspektive des Landnahmetheorems kritisch anschließen lässt. Andere Referenzen, die sich für eine entsprechende Unterfütterung nutzen lassen, sind praxistheoretische Ansätze (Reckwitz 2006), die poststrukturalistische Diskurs- und Hegemonietheorie (Laclau/Mouffe 2006) oder auch Ansätze einer materialistischen Staatstheorie (Jessop 2008). Die Arbeit an einer handlungstheoretischen Erweiterung unserer Analyseperspektive ist jedoch kein Selbstzweck. Sie soll auch dazu dienen, soziale Kräfte zu identifizieren, die den Übergang zu sozial und ökologisch nachhaltigen (Nicht-)Wachstumsgesellschaften fördern oder blockieren können.

(4) Soziale Träger/Adressaten einer Soziologie der Kritik: Damit ist die Frage nach Chancen und Begrenzungen für „Strategic Choice“ aufgeworfen. Hier ist es wichtig, die Möglichkeiten und Grenzen der Genese und des Erfolgs sozialer Bewegungen auszuloten, um so die Frage nach dem „politischen Subjekt“ möglicher Veränderungsprozesse diskutieren zu können. Mit dieser Fragestellung soll das erste Metathema, die Konstruktion einer kritischen „Außenposition“, wieder aufgenommen werden. Denn – darin stimmen wir mit Luc Boltanski (2010: 21) überein – die „Vorstellung einer nicht an die Erfahrung eines Kollektivs angelehnten ... kritischen Theorie ist haltlos“. Soziologische Kritik legitimiert sich nach unserer gemeinsamen Überzeugung auch darüber, dass sie - ohne in distanzlose Identifikation zu verfallen - „Einfühlung in das Leiden der Anderen“ (ebd.: 29) ermöglicht und so nach Verbindungen zwischen alltäglicher Gesellschaftskritik und „großer Kritik“ sucht. Nur auf diese Weise lässt sich ein Sensorium für alternative gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten entwickeln.

Die vier Metathemen werden nicht als eigenständige Blöcke, sondern vielmehr fortlaufend und in Auseinandersetzung mit ausgewählten Fellows im Forschungskolleg einen wichtigen Platz einnehmen.

Allerdings soll jedes der Metathemen in Kombination mit einem inhaltlichen Themenfeld (*Soziologie der Kritik*: Themenfeld 2; *Varieties of Capitalism*: Themenfeld 1; *Handlungstheorie*: Themenfeld 4; *Soziale Trägerinnen*: Themenfeld 3) schwerpunktmäßig, wenngleich nicht abschließend behandelt werden. Zugleich bilden die Metathemen ein formales Gerüst für die Ansprüche, mit denen sich die Antragsteller hinsichtlich der angestrebten theoretischen Innovationen wechselseitig konfrontieren wollen.

5 Ort, Kollegsstruktur, Arbeitsweise, Fellows

Uns ist bewusst, dass die genannten Themenkomplexe sehr groß dimensioniert sind. Wir meinen jedoch, dass wir aufgrund unserer Vorarbeiten über ein Analyseraster verfügen, welches es erlaubt, das „Think Big“ auf angemessene Weise in soziologische Forschung zu (re)integrieren. Weil wir uns einig sind, dass die Entwicklung „großer“ Theorie sukzessive zu einer kollektiven Angelegenheit geworden ist, halten wir das beantragte Forschungskolleg für eine geradezu einzigartige Chance, die von uns bereits praktizierte dialogische Arbeitsweise auf verbesserter, erweiterter und systematisierter Grundlage fortzuführen. Ein Kolleg böte Fellows wie auch Antragsstellern ein intellektuelles Umfeld, das die stets vorhandene Gefahr einer Selbstbezüglichkeit und Redundanz akademischer Debatten minimieren würde.

Die Konzentration an einem sichtbaren Ort erhöht die Chance, dass diese Debatte international Beachtung findet. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Kolleg sowohl etablierten, international anerkannten, als auch jüngeren, aufstrebenden Wissenschaftlerinnen ein Forum bietet, das es ihnen erlaubt, mit originellen Beiträgen und im Austausch mit Praktikerinnen in die Debatte um die Dynamisierungsprinzipien des Kapitalismus und ihre ökologisch-sozialen Grenzen zu intervenieren. Um dies zu gewährleisten, benötigt das Kolleg (5.1) einen prominenten Ort mit angenehmer Atmosphäre, der zu kooperativer Arbeit und intellektuellem Austausch anregt, (5.2) eine dialogische Arbeitsweise sowie (5.3) international ausgewiesene Fellows, die an einem gemeinsamen Austausch und einem gemeinsam gestalteten Forschungsprozess interessiert sind.

5.1 Ort und personelle Infrastruktur

Um das Kolleg nach außen sichtbar zu machen und die Kooperation zu fördern, stellt die Universität ein repräsentatives Gebäude mit geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung, in denen intensive Forschung ebenso möglich ist wie zwangloser Austausch und strukturierte Debatte. Jena mit seiner großen geisteswissenschaftlichen Tradition bietet ein hervorragendes Umfeld für einen solchen Ort. Ein zentrumsnahes repräsentatives Gebäude steht in der Humboldtstraße 34 (siehe Foto) bereits zur Verfügung. Doch das allein wird nicht genügen, um das Kolleg arbeitsfähig zu machen und kontinuierlichen Austausch sicher zu stellen. Um letzteres zu gewährleisten, ist es zwingend nötig, eine Infrastruktur zu schaffen und personell abzusichern, die eine „Kollegsidentität“ ermöglicht. Diese Infrastruktur muss von wissenschaftlichem Personal geschaffen werden, das kontinuierlich im Kolleg präsent ist, die Fellows betreut, Diskussionen organisiert, Publikationen begleitet sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernimmt.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind insgesamt vier Wissenschaftlerinnen-Stellen sowie zusätzlich eine Stelle für die aufwendigen administrativen Tätigkeiten und die Öffentlichkeitsarbeit nötig. Die

wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen, die das „Herzstück“ des Kollegs bilden, werden international ausgeschrieben. Dabei wird auf ausgewiesene Qualifikationen für je eines der Metathemen geachtet. Die ausgewählten Mitarbeiter sollen „vor Ort“ arbeiten. Für sie wird eine strikte Anwesenheitspflicht gelten. Eine Aufgabe dieser Personen ist es auch, die Fellows zu betreuen und das Kolleg organisatorisch zusammen zu halten. Die Anwesenheitspflicht soll jeweils auch für jenen Antragssteller gelten, der mittels Freistellung seinen Tätigkeitsschwerpunkt in das Kolleg integrieren kann.

5.2 Arbeitsweise und Kollegsstruktur

Mitglieder des Kollegs sind neben dem unmittelbar zugeordneten Personal die *Antragssteller*, *Fellows* mit unterschiedlichem Status, *wissenschaftliche Beiräte*, Mitglieder der *internen Themengruppe* sowie *Participants* aus Praxiszusammenhängen, darunter auch einige ausgewählte Journalisten. Ihr Wissen, ihre besonderen Fähigkeiten und Kompetenzen sollen in einer dialogischen Arbeitsweise fruchtbar gemacht werden.

(1)*Dialogische Arbeitsweise*: Das Kolleg soll eine dialogische Arbeitsweise entwickeln. Als solche bezeichnen die Antragsteller ein Verfahren, das – auf der Basis vorausgegangener Forschungen – synthetisierende Kategorien und Konzepte im Modus wechselseitiger Kritik entwickelt. Dabei sollen Positionsbestimmungen, Differenzen, Diskussionen, Kontroversen und ihre Resultate auch für Außenstehende transparent und nachvollziehbar dargestellt werden. All dies mag selbstverständlich klingen, ist aber mit Blick auf wissenschaftliche Kooperationsprozesse keineswegs von vornherein gesichert, sondern höchst anspruchsvoll. Ein derartiges Verfahren setzt bei den beteiligten Wissenschaftlern voraus, dass sie ihre Ansätze wechselseitig respektieren und dazu bereit sind, sich einer in der Sache harten Kritik zu stellen und aus ihr zu lernen. Die Antragsteller haben dieses Verfahren während der zurückliegenden Jahre – wie sie meinen erfolgreich – erprobt.¹ Nun wird es darauf ankommen, das gleiche Verfahren in einer neu zusammen gesetzten und erheblich erweiterten, institutionalisierten Gruppe mit hochkarätigen Wissenschaftlerinnen zu praktizieren, die im Laufe ihrer Karrieren höchst individuelle Arbeitsstile entwickelt haben.

Konstitutiv für die dialogische Arbeitsweise sind vier Prinzipien: (a) *Grundprinzip Kontroverse*: Die Diskussion von Texten und Forschungsergebnissen erfolgt kollegintern nach bewährter Manier im Rahmen von wöchentlichen Forschungskolloquien sowie jährlichen Forschungsklausuren, die sich über eine Woche erstrecken. An den Klausuren ist das gesamte Kolleg einschließlich Fellows und Nachwuchswissenschaftlern beteiligt. Zusätzlich finden nach Bedarf Workshops, Text-Werkstätten und Themenseminare mit den Fellows statt. (b) *Ertragssicherung*: Jeweils das vierte Jahr soll einer gemeinsamen Diskussion und der Produktion eines vorläufigen Resümees der im Forschungsfeld geleisteten Arbeiten vorbehalten bleiben. Diese Aufgaben sollen die Antragsteller erfüllen. Für das je-

¹ Die Produktion unseres Bandes „Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte“ erfolgte in mehreren Schritten. Zunächst wurden im Rahmen eines Forschungskolloquiums die jeweiligen Konzepte sowie deren Kritiken vorgestellt und mit Nachwuchswissenschaftlern sowie Studierenden intensiv diskutiert. Im zweiten Schritt folgte die Ausarbeitung der Basistexte, die in einem einwöchigen Seminar wiederum zwischen den Autoren und gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs debattiert wurden. Ein Jahr später waren die wechselseitigen Kritiken und Repliken verschriftlicht, ein gemeinsames Resümee der Autoren wurde wiederum mit der Nachwuchsgruppe diskutiert. Im Mittelpunkt des neuerlichen Wochenseminars standen jedoch Texte eben dieser jungen Wissenschaftlerinnen, die im kritischen Anschluss an unsere Debatte verfasst waren. Die Texte dieses zweiten Seminars sind inzwischen in einem eigenen Band (Becker u. a. 2010) publiziert.

weils vierte Jahr des Beantragungszeitraums werden somit je drei Freistellungen benötigt. (c) *Synthetisierung*: Bei der Bearbeitung der Themen wird exemplarisch auf eigene Forschungsergebnisse zurückgegriffen, die durch Literaturstudien und sekundärstatistische Analysen ergänzt und erweitert werden können. Hauptziel ist es jedoch, die analytische Tragfähigkeit der Dynamisierungskonzepte zu diskutieren sowie darauf aufbauend neue, innovative Theoreme zu entwickeln und diese systematisch aufeinander zu beziehen. (d) *Transfer*: Ziel des Kollegs ist es, der Soziologie eine – möglichst international hörbare – Stimme im vielstimmigen Konzert von Wachstumsbefürworterinnen und -kritikern zu geben. Deshalb muss der hochwertigen Publikation, aber auch dem Transfer von Forschungsergebnissen höchste Priorität eingeräumt werden.

(2) *Vorbereiteter Dialog*: Im Antragszeitraum (acht Jahre) nimmt jeder der Antragsteller pro Themenblock eine besondere Funktion wahr. Die Antragsteller sind jeweils entweder *Protagonist* (verantwortlich für die Arbeitsthesen und ein Grundlagenpapier), *Antagonist* (verantwortlich für die Gegenthese und die kritische Kommentierung) oder *Moderator*. Diese Funktionen werden jeweils für ein Themenfeld ausgeübt, das in einem Zweijahreszeitraum bearbeitet werden soll. Während des ersten Jahres steht die Arbeit des Protagonisten im Zentrum. Er organisiert den Auftaktworkshop und erstellt das Basispapier, das die Grundlage der Diskussion im Kolleg bildet. Das dritte Halbjahr wird dann vom Antagonisten dominiert, der das kritische Feedback organisiert. Das vierte Halbjahr nutzt der Moderator, um die verschiedenen Forschungs- und Diskussionsstränge des Kollegs im Themenfeld zu bündeln. Er bereitet die zentrale Konferenz des Kollegs zum Themenfeld vor. Protagonist (erstes und zweites Semester), Antagonist (drittes Semester) und Moderator (viertes Semester) werden jeweils für den Zeitraum, in welchem sie den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Kolleg haben, vom Lehrbetrieb freigestellt. Als Ersatz werden aus Kolleg-Mitteln Vertretungsprofessuren finanziert, die zugleich jüngeren Wissenschaftlerinnen den nächsten akademischen Karriereschritt ermöglichen sollen. Arbeitsgrundlage ist das vom Protagonisten zu erstellende Positionspapier, das in einer ersten thesenartigen Version spätestens nach einem Vierteljahr mit den anderen Antragsstellern und – elaborierter – nach spätestens neun Monaten mit dem Gesamtkolleg diskutiert wird. Die Kolleggruppe soll dabei jeweils um zwei bis maximal vier Senior Fellows erweitert werden.